

B1718-009 Beschluss des Studierendenparlamentes vom 13.07.2017

Gemeinsam statt G20 – Wir machen weiter!

1.) Hamburg ist eine aufgeklärte und solidarische Stadt Die Gipfel-Tage waren geprägt von kontinuierlicher Diskussion von Kritik und Alternativen zur Politik der G20, von vielseitigen Protestaktivitäten und von hoher politischer Involvierung von vielen, vielen Menschen in der Stadt. An der Abschlussdemonstration brachten – entgegen der Hetzkampagne und versuchten Kriminalisierung – gut 76.000 Menschen aus aller Welt zum Ausdruck, für eine solidarische Welt ohne G20 engagiert zu sein. Die planetarische Zivilgesellschaft für eine Welt in Frieden, Demokratie und sozialer Gleichheit hat sich in Hamburg formiert und auf den Weg gemacht.

2.) Universität als Revolutionärin Die Uni und der Campus sind aufgrund des vielfältigen Engagements der Uni-Mitglieder ein zentraler Bezugspunkt für den vielfältigen, demokratischen Protest. Mit dem Themensemester und den akademischen Tagen zu G20 hat die Verfasste Studierendenschaft aufklärerisch, argumentativ und zivilisierend in die politische Auseinandersetzung eingegriffen. Die räumliche und inhaltliche Aneignung der Uni zur Bearbeitung der Alternativen zu den gesellschaftlichen Problemen ist die Befreiung von Bachelor-Master-Quälerei und Drittmittel-Hechelei. In diesem Sinne wird die Studien- und Hochschulreform betrieben: Auf dass immer Themensemester sei!

3.) Die Gewalt geht von den G20 aus Gleichzeitig haben die Staats- und Regierungschefs der „Group of Twenty“ in den Messehallen beschlossen, die aktuelle Weltordnung weiter zu verteidigen. Der G20-Gipfel 2017 ist ein Desaster. Das Pariser Klimaabkommen ist durch die Abschlusserklärung des Gipfels de facto aufgekündigt. Mit dem Programm „Compact for Africa“ soll die bisherige staatlich sogenannte Entwicklungszusammenarbeit durch Investitionen von Privatunternehmen gepaart mit Deregulierung, Privatisierung und Austeritätspolitik ersetzt werden. Der G20-Gipfel 2020 soll in Saudi-Arabien stattfinden. Damit wird die Politik der saudischen Monarchen-Familie mit Krieg gegen Jemen sowie Terrorismus-Unterstützung hofiert. Die Beschlüsse sind ein menschenfeindliches Programm. Diese brutale Politik wurde auch brutal gegen Protestierende, Demokratie und Grundrechte durchgedrückt. Dafür wurden die Polizist*innen von Senat und Polizei-Spitze vorgeschickt. Vom Räumen genehmigter Schlafzelte über das Tote in Kauf nehmende Auflösen der Donnerstags-Demonstration bis zum Entzug der Akkreditierung unliebsamer Journalist*innen oder der Schikane der GeSa gefangenen und der anwaltlichen Arbeit, wurde das Grundgesetz mit Füßen getreten. Dazu kommt das ständige Bekämpfen der Vereinten Nationen: Jüngst hat die UN ein weitgehendes Verbot von Atomwaffen beschlossen, gegen die Stimmen der allermeisten G20-Staaten. Der G20-Gipfel 2017 hätte also besser nicht stattgefunden.

4.) Die Alternative sind wir Dementgegen arbeitet die engagierte Zivilbevölkerung weltweit schon lange an der Lösung der Probleme. Zur Einschüchterung diesen Engagements und des neuen Selbstbewusstseins ist die Polizei so eskalativ und brutal vorgegangen. Die Nachricht soll sein, dass die Bevölkerung machtlos sei. Darin spiegelt sich zugleich die Kraft und Bedeutung des Engagements. Auch die physische Gewalt und Sachbeschädigung müssen politisch eingeordnet werden, wenn sie auch nicht zu entschuldigen und niemals einer Demokratie legitim sind. Es darf nicht vergessen werden, dass z.B. die massiv-repressive Austeritätspolitik, wie sie verschärft in einigen südeuropäischen Ländern herrscht, faktisch dazu führt, dass

menschliche Grundbedürfnisse nicht mehr erfüllt werden und Menschen in ihrer Verzweiflung Hass fühlen und Rache an Repräsentant*innen des Staates als vermeidlichen Ausweg sehen. Analog dazu sind die ungerichteten Gewaltausbrüche in der Schanze also auch Folge der Einschüchterungspolitik durch den Senat und der politisch hergestellten Perspektivlosigkeit. Die Gegenperspektive zur Gewalt kann nach gemeinsamen Engagement für das Ende der Austerität die Veränderung der Verhältnisse und eine solidarische Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Klima- und Friedenspolitik sein.

In diesem Sinne möge der AStA im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam statt G20“ die Aufklärungspolitik mit einer Veranstaltungsreihe zur Auswertung der Anti-G20-Aktivitäten und des Gipfels, Verbreitung der Argumentation von „Gemeinsam statt G20“ sowie Beteiligung an weiteren Protestaktivitäten fortführen.

Der AStA wird beauftragt, die Planungen für ein weiteres Themensemester im Wintersemester 17/18 voranzutreiben. Er sucht dafür die Diskussionen mit Fachschaftsräten und Fakultätsrats-Vertreter*innen.